



RHEINISCHE POST

www.rheinische-post.de

Mittwoch, 19.03.20

Leserservice

Anzeigenannahme

Karriere bei RP

Impressum

- Übersicht
- **Titelseite**
- Stimme des Westens
- Politische Umschau
- Land und Leute
- Feuilleton
- Wissenschaft und Bildung
- Wirtschaft und Verbraucher
- Medien
- Heutzutage
- Sport

wöchentlich

- Unterhaltung
- Netzwerk
- Technik und Verkehr
- Gesundheit
- Beruf und Karriere
- Kapital und Immobilien

Lokalausgabe

- Düsseldorf
- Mönchengladbach

Anzeigen

- Immobilien
- KFZ
- Stellenmarkt

Schüler lesen Zeitung

- Schüler lesen Zeitung

Titelseite

"Völkerrechtlich kaum zu rechtfertigen"

Von GREGOR MAYNTZ

BERLIN. Verstößt der anglo-amerikanische Waffengang gegen das Völkerrecht? Washington, London und eine Reihe anderer Regierungen berufen sich auf die Resolution 1441, die bei fortdauernder Nichterfüllung der irakischen Verpflichtungen zur Abrüstung "ernsthafte Konsequenzen" androht. Zudem zieht US-Präsident George W. Bush die Resolutionen zum Golfkrieg von 1990/91 heran, die weiterhin wirksam seien. Amerikanische Völkerrechtler teilen diese Auffassung. Die Mehrheit der deutschen Experten nicht.

Die Resolution 687 von 1991 verpflichtete zwar den Irak zur Abrüstung, und sie beziehe sich auch auf die Resolution 678 von 1990, die die beteiligten Staaten ermächtigte, Gewalt einzusetzen. "Aber die Autorisierung bezog sich auf die irakische Invasion in Kuwait und damit auf die Beendigung dieser Aggression", erklärte der Völkerrechtler Christian Tietje (Halle) im Gespräch mit unserer Zeitung. In der Resolution 1441 fehlt nach seiner Einschätzung die klare Ermächtigung, wie sie der Sicherheitsrat bei Autorisierungen zur Gewalt sonst schon sprachlich ausdrücke. Tietje: "Ich sehe kaum Möglichkeiten, völkerrechtlich zu rechtfertigen, was die Amerikaner jetzt vorhaben." Schlussfolgerung: "Würde die Bundesregierung Überflugrechte gewähren und wäre der Einsatz völkerrechtswidrig, dann beginge sie Beihilfe zu einem Völkerrechtsdelikt."

Bundesinnenminister Otto Schily bezeichnete die zu erwartenden Angriffe auf den Irak als "völkerrechtlich problematisch". Grünen-Fraktionsvize Christian Ströbele erklärte, die Nutzung deutscher Basen sei verfassungswidrig. Die Bundesregierung will gleichwohl an der Gewährung voller Bewegungsfreiheit festhalten. Auch der Kölner Völkerrechtler Bernhard Kempen sieht an der Gewährung von Überflugrechten noch keine Mitwirkung an einem Krieg. Flugstützpunkte gebe es in großer Zahl. Der unmittelbare Zusammenhang zu den Handlungen fehle.

Das Fondsmagazin der Rheinische Post



Das Fondsmagazin der Rheinische Post für kompetent durch d

Dickicht an Informationen zu dieser Form der Geldanlage. ▶

Geschichten von Bürgertum

In 15 Beiträgen hat sich das Feuilleton Rheinischen Post die spannende Frage "Bürgertum am Ende?" gewidmet. großen Nachfrage wegen stehen jetzt alle Teile der Serie gesammelt und online zur Verfügung. ▶

Extra: Messeplatz Europa

Hier können Sie sich die Beilage "Messeplatz Europa der Rheinischen Post" als PDF-Datei herunterladen. ▶

▶ DRUCKVERSION

▶ ARTIKEL VERSENDEN

Titelseite